



Jahresbericht 2024

Armut und Prekarität bekämpfen – Einkommen und Kaufkraft stärken, der Einsatz für die 13. AHV und existenzsichernde Renten, ein schweizweiter Automatismus für die Auszahlung von Sozialleistungen und die politische Teilhabe im digitalen Zeitalter prägten 2024 die politische Arbeit der SP60+.

Trauer über den Tod von Hansjürg Rohner

Mit grosser Trauer haben wir vom plötzlichen Tod von Hansjürg Rohner, Mitglied der Geschäftsleitung der SP60+ und Co-Präsident der Arbeitsgruppe Sozialpolitik, am 3. Oktober 2024 erfahren. Am vorangehenden Samstag hatten wir an der [Herbstkonferenz](#) in Olten noch die Gelegenheit, mit ihm zu sprechen. Hansjürg hat viel für die SP60+ geleistet und war massgeblich am Aufbau der SP60+ Aargau beteiligt. Wir haben uns an der [Delegiertenversammlung vom 12. Dezember](#) mit den würdigenden Worten von Ruth Schmid an Hansjürg erinnert und uns von ihm verabschiedet.

Im Einsatz für die 13. AHV

Gross war die Freude am 3. März 2024, der Tag wird in die Geschichtsbücher eingehen. Mit rund 60 Prozent Ja-Anteil wurde die [13. AHV-Rente](#) angenommen. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und die Delegierten engagierten sich im Abstimmungskampf stark und waren mit vielen Aktionen präsent. Dieser Erfolg ist ein Meilenstein und eine Vitaminspritze für den unermüdlichen Einsatz der SP60+ für existenzsichernde Renten.

Erfolg der Klima-Seniorinnen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Bei der SP60+ gibt es viele aktive [Klima-Seniorinnen](#). Der Entscheid des Bundesrats vom 28. August, das Strassburger [EGMR-Urteil](#) vom 9. April 2024 zur Klage der Klima-Seniorinnen nicht umsetzen zu wollen, ist ein schockierendes Signal. Der Bundesrat zeigt mit seiner Kritik am EGMR-Urteil, welches die Schweiz wegen Untätigkeit im Klimabereich verurteilt, dass er mehr daran interessiert ist, die Lobbyisten der fossilen Energien zu verteidigen, als die Bevölkerung zu schützen und die notwendigen Massnahmen zum Schutz der Gesundheit zu ergreifen, wie es die Verfassung vorschreibt. Denn es ist offensichtlich, dass die durch den Klimawandel hervorgerufenen Hitzeperioden gerade ältere Menschen stark treffen. Statt sich aus der Verantwortung zu stehlen, sollte der Bundesrat im Klimaschutz viel schneller vorangehen.

Anstieg Mitgliederzahl SP60+

Die Mitgliederzahl ist 2024 wieder angestiegen: Die SP60+ hatte Ende 2024 insgesamt 3519 Mitglieder. Das ist erfreulich. In jedem Newsletter, der an alle über 60-jährigen SP-Mitglieder geht, machen wir mit einem [Anmeldeformular](#) auf die Mitgliedschaft bei SP60+ aufmerksam.

Mitgliederkonferenz am 1. Juni 2024 in Bern

Anständige Erwerbseinkommen, Renten und Sozialeinkommen müssen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die SP60+ hat an ihrer [Mitgliederkonferenz](#) dazu aufgerufen, gegen die wachsende Armut in der Schweiz anzukämpfen. In entsprechenden Resolutionen wurde ein nationaler Mindestlohn von 4500 Franken, die Automatisierung bedarfsabhängiger Sozialleistungen und ein klares Nein zur Pensionskassenvorlage vom 22. September gefordert.

Nach einer Diskussion der anwesenden Mitglieder mit Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, über die [Armutsbekämpfung](#) als Schwerpunkt im SP-Parteiprogramm nannte Laura Brechbühler, Verantwortliche Politik in den Kantonen bei [Caritas Schweiz](#), eindrückliche Zahlen zur Armut in der Schweiz. So seien 15,6 Prozent der Schweizer Bevölkerung oder 1,35 Millionen Menschen, davon 275'000 Kinder, von Armut betroffen oder bedroht. Fast ein Fünftel der Menschen in der Schweiz lebe in einem Haushalt, der keine unerwartete Rechnung von 2500 Franken bezahlen könne.

Zu den Zahlen, Ursachen und Antworten zum Phänomen der Armut und Prekarität wandte sich Alessandro Pelizzari, Direktor der Hochschule für soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne ([HETSL](#)), an die Mitglieder der SP60+. So berge etwa die laufende Transformation der Arbeit das Risiko für prekäre Lebensverhältnisse. Die Chancen neuer, «flexibler» Arbeitsmodelle gehen einher mit der Gefahr der Prekarität. Deshalb forderte die SP60+ mit der Resolution [«Anständige Einkommen verhindern Armut»](#) einen nationalen Mindestlohn von 4500 Franken für alle und von 5000 Franken für Personen mit einem Berufsabschluss. Zudem lanciert die SP60+ die landesweite Aktion [«Automatischer Zugang zu Sozialleistungen»](#) mit Vorstössen in den Kantonsparlamenten, um für Betroffene den Bezug von Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung, Familienzulagen, Überbrückungsrenten etc. zu erleichtern. Klar ist: Anständige Erwerbseinkommen, Renten und Sozialeinkommen müssen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und laufend an die Teuerung sowie den Produktivitätsfortschritt angepasst werden.

Die Resolutionen der SP60+ vom 1. Juni 2024 im Überblick

[Automatischer Zugang zu Sozialleistungen](#)

[Für anständige Renten: Nein zu BVG21](#)

[Anständige Einkommen verhindern Armut!](#)

[Das Altern, das andere Elend der Eingewanderten](#)

Herbstkonferenz

An der [Herbstkonferenz](#) 2024 am 28. September in Olten hat die SP60+ über 100 Menschen zusammengebracht, um sich über die politische Teilhabe im digitalen Zeitalter auszutauschen. Ein Fazit: Auch bei den Chancen und Gefahren der digitalen Transformation muss sich die SP für ihre zentralen Werte einsetzen. Dazu gehören der Zugang und die Befähigung aller Bevölkerungsgruppen an demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Nach den Grussworten des Oltners Stadtpräsidenten [Thomas Marbet](#) referierte die jurassische Ständerätin [Mathilde Crevoisier Crelrier](#) über den Weg des jüngsten Schweizer Kantons zur Selbstbestimmung. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneiders Nachfolgerin im Stöckli machte deutlich, wie dieser Prozess die demokratische Debatte im Kanton Jura stärkte.

Die Digitalisierung wirkt sich auf die politische Kommunikation aus. Um zu bestehen, muss sich die Demokratie mit der Gesellschaft weiterentwickeln, und braucht es den Einbezug der Bevölkerung in die Debatte darüber, wie die Demokratie digitalisiert werden kann.

Die Digitalisierung ist offensichtlich nicht nur eine Frage von Werkzeugen und Instrumenten, sondern verbreitet sich mit ihren Vorstellungen und Werten. Wie wirkt sie sich auf die demokratische Debatte aus? Ist die generative künstliche Intelligenz (KI) ein Risiko oder eine Chance für die demokratische Teilhabe?

Den Impulsteil setzte [Jean-Daniel Strub](#) fort. Der Ethiker, u.a. im Bereich Digitalisierung, und Co-Präsident der SP Kanton Zürich, warf Fragen zu den Chancen und Grenzen des Einsatzes von KI in der Politik auf. Strubs Expertise ergänzte [Min Li Marti](#). Die Zürcher Nationalrätin und Verlegerin unterstrich, dass Information im Zusammenhang mit politischer Teilhabe ein Service Public sind, weil ein Marktversagen im Medienbereich die Demokratie gefährdet. Deshalb muss die SP sowohl die [SRG-Initiative](#) als auch den Gegenvorschlag des Bundesrats bekämpfen.

Voll von spannenden Impulsen war das sozialdemokratische Interesse nach dem Mittagessen im Saal spürbar. Die Teilnehmer:innen tauschten sich tischweise darüber aus, welche menschlichen Bedürfnisse KI abdecken kann, und welche Probleme von Digitalisierung und KI aus gehen. In der gemeinsamen Debatte kristallisierte sich eine der zentralen Fragen der Digitalisierung heraus: Was können Menschen besser? Zudem ergibt sich aus der voranschreitenden Automatisierung und dem damit verbundenen Produktionsgewinn die Forderung nach einer Arbeitszeitreduktion.

[Hier geht's zur Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Diskussionen.](#)

Co-Präsidium und Geschäftsleitung

Zur Geschäftsleitung (GL) gehörten nebst dem Co-Präsidium die Präsidentin der AG Gesundheit Ruth Schmid (AG), der Co-Präsident der AG Sozialpolitik Hansjürg Rohner (AG), Heinz Gilomen (FR) und Ursula Blaser (ZH). Ruth Schmid hat im Herbst das Präsidium der AG Gesundheit interimistisch Ursula Blaser übergeben und ist seither nicht mehr Mitglied der GL. Für den unerwartet verstorbenen Hansjürg Rohner vertritt seit Herbst 2024 Inge Schädler (ZH) die AG Sozialpolitik in der GL.

Heinz Gilomen hat sich nach vielen Jahren engagierter Arbeit für die SP60+ entschieden, per Ende der Wahlperiode aus der GL auszuscheiden.

Das Co-Präsidium und die GL-Mitglieder haben an verschiedenen kantonalen Veranstaltungen und politischen Anlässen die SP60+ kompetent und engagiert vertreten.

Das Co-Präsidium wirkt mit Anträgen und Voten im Parteirat mit und ist mit Stellungnahmen an den Parteitagen präsent.

2025 finden die Erneuerungswahlen für die Gremien der SP60+ statt. Das Co-Präsidium wird sich für eine weitere Amtsdauer bewerben.

Die Kandidaturen für die verschiedenen Funktionen innerhalb der SP60+ sind auf der [Webseite zur Mitgliederkonferenz](#) aufgeführt.

Delegiertenversammlungen

Die Delegierten kamen im vergangenen Jahr dreimal am [26. Januar](#), am [18. April](#) und am [12. Dezember](#) in Bern zusammen.

2024 war ein sozial- und umweltpolitisch reich befrachtetes Abstimmungsjahr: 13. AHV-Rente, Prämienvverbilligung, BVG-Reform, Stromgesetz, Biodiversität. Mit allen Vorlagen befassten sich die Delegierten eingehend. So waren [Gabriela Medici](#) und [Pierre-Yves Maillard](#) Gastredner:in an der DV vom 26. Januar.

Die Delegierten befassten sich mit dem [Positionspapier zur Armutsbekämpfung](#) der SP Schweiz und definierten konkrete Umsetzungsmassnahmen wie die [Automatisierung bedarfsgerechter Sozialleistungen](#). Ein weiterer Brennpunkt mit engagierten Diskussionen war die Vorbereitung des Schwerpunkts 2025 [«Das Gesundheitssystem ist ein Service Public»](#). Die inhaltliche Ausrichtung und die Vorgehensweise wurden diskutiert und vorbereitet.

Im September wurde die [Inklusions-Initiative](#) eingereicht. An der [DV vom 12. Dezember](#) referierte Laurent Duvanel, Zentralpräsident von [Procap](#), zu Handicap, Älterwerden und Politik, und Christian Brülhart aus dem Kanton Glarus erzählte aus seinem Leben als Betroffener. Die Arbeitsgruppe Sozialpolitik erklärte sich bereit, eine Stellungnahme zum [Positionspapier der SP Schweiz zur Inklusion](#) aus Sicht SP60+ zu verfassen.

Co-Präsidium SP60+

Dominique Hausser und Rita Schmid

Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Am 3. Oktober erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod unseres Co-Präsidenten Hansjörg Rohner, der unerwartet an einem Herzinfarkt gestorben war.

Hansjörg war ein aktives und engagiertes Mitglied unserer Arbeitsgruppe, der uns in der Geschäftsleitung der SP 60+ würdig vertrat. Er war immer top informiert über die wichtigen Altersthemen, wofür er sich auch auf kantonaler Ebene einsetzte.

Herzlichen Dank, lieber Hansjörg, wir behalten Dich in dankbarer Erinnerung.

Wir haben uns fünf Mal zu unseren Sitzungen in Bern getroffen, wo wir uns wieder intensiv gemäss Jahresprogramm mit Fragen zur «gerechten Altersvorsorge», Armut und zu verschiedenen Vernehmlassungen beschäftigt haben.

- Zur Abstimmung über die [13. AHV-Rente](#) waren wir aktiv bei der Verteilung von Flyern, an Kundgebungen auf der Strasse und haben uns dann auch entsprechend über das positive Abstimmungsergebnis gefreut.

In unserem Schreiben an den Bundesrat zur [Witwen- und Witwerrente](#) haben wir auf den Skandal hingewiesen, dass – nach Rügen der Ungleichbehandlung der Witwenrentner – sich der Bundesrat für die Verschlechterung der Renten entschieden hat, um die Gleichstellung zu sichern.

Auch die [Renteninitiative](#) der Jungen FDP war bei uns ein heisses Thema. Wir wehren uns dezidiert gegen eine Erhöhung des Referenzalters, weil die AHV nicht in Gefahr ist.

- Am 3. September haben wir das Treffen «Zukunft Altersvorsorge» mit der [JUSO](#) und [SP-queer](#), die [SP Frauen](#) konnten leider nicht teilnehmen, organisiert. Das Ziel dieses Treffens war ein grundsätzlicher Konsens: Wir fordern eine minimale Grundrente aus der 1. und 2. Säule für alle von 5000 Franken sowie längerfristig eine teilweise Zusammenlegung der 1. und der 2. Säule.
- Das Bekämpfung Armut war immer ein wichtiges Thema in unserer Arbeitsgruppe. Mit dem Slogan [«Anständige Renten verhindern Armut»](#) verfassten wir eine Resolution zuhanden der [Mitgliederkonferenz](#) vom 1. Juni, die einstimmig verabschiedet wurde.
- An unserer Sitzung vom 24. Juni konnten wir Christiane Aeschmann als neues «junges» SP60+-Mitglied begrüßen. Sie hat sofort, als Ersatz von Hansjörg, das Verfassen des Protokolls übernommen – herzlichen Dank. Als Mitglied von [Procap](#) wird Christiane auch zur Inklusionsinitiative gute Inputs bringen.
- Nach zehnjähriger Tätigkeit ohne Spesenvergütungen wurde beschlossen, ausserhalb der immer sehr befrachteten Traktandenliste einen gemeinsamen Ausflug zu unternehmen. Dieser führte uns nach La Chaux-de-Fonds ins Museum für islamische Zivilisation. An diesem Tag war es schön sich auch persönlich näher zu kommen.
- Weiter hat sich unsere Arbeitsgruppe mit Anna Storz von der [Themenkommission «Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit»](#) getroffen, um die Texte zu den verschiedenen Vernehmlassungen abzugleichen mit dem Ziel, eine einheitliche Meinung zu haben.

In der Subkommission «Sichere Renten», wurde ein 10-Punkte Plan zuhanden der Themenkommission verabschiedet. Leider wurde diese Arbeit auf Eis gelegt. Wir fordern

dezidiert, dieses wichtige Thema 2025 wieder aufzunehmen.

Grundsätzlich halten wir fest, dass die AHV so gestaltet sein muss, dass kein Bezug von Ergänzungsleistungen nötig ist. Sinnvoll wäre in diesem Punkt, dass die 2. Säule in die 1. Säule integriert wäre. Und um die AHV zu stärken, müssen Unternehmensgewinne AHV-pflichtig werden.

Für die Arbeitsgruppe «Sozialpolitik»

Inge Schädler

Arbeitsgruppe Gesundheit

Personelles

Die Arbeitsgruppe Gesundheit besteht per 31.12.2024 aus sieben Mitgliedern:

- Ruth Schmid, Präsidium der AG, Mitglied der Geschäftsleitung von 03.07.2019 bis 31.12.2024
- Marie-France Anex
- Ursula Blaser-Bysäth, Präsidium ab 01.01.2025 ad Interim
- Ursula Imhof
- Dorothée Kipfer
- Susanne Leutenegger Oberholzer
- Peter Mathis

Sitzungen

Es fanden zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe in Bern statt. Doch bestand reger Kontakt per E-Mail und auch telefonisch.

Dominique Hausser und Ruth Schmid trafen sich am 26. Februar im Bundeshaus mit Laurence Fehlmann Rielle und am 03.06 nochmals mit Laurence Fehlmann Rielle und mit Valerie Piller Carrard betreffend weiterem Vorgehen zur schweizweit gesetzlichen Regelung der Finanzierung der Betreuung (erste der vier politischen Forderungen im Positionspapier [«Wir ergreifen Partei für eine gute Betreuung im Alter»](#)).

Themen

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht darin, sich mit aktuellen gesundheitspolitischen Themen die auseinanderzusetzen und Position zu beziehen. An diesem Fokus hat sich auch 2024 nichts geändert.

Das von der Arbeitsgruppe erarbeitete Positionspapier «Wir ergreifen Partei für eine gute Betreuung im Alter» bildete weiterhin die Basis für die Bearbeitung der Schwerpunktthemen.

Bei den Sitzungen mit den Parlamentarierinnen wurde die erste Forderung «Erarbeitung eines bundesweiten Rahmengesetzes zur Finanzierung der Betreuung» thematisiert. Es wurden geeignete Strategien zur Umsetzung der Forderung diskutiert. Diese Kontakte sind wichtig, auch wenn bisher keine konkreten Resultate vorliegen.

Die Umsetzung der vom Volk angenommenen [Pflegeinitiative](#) ist eine weitere Forderung im Positionspapier. Die AG Gesundheit erstellte eine entsprechende Vernehmlassungsantwort auf die Vorschläge zur Umsetzung der zweiten Etappe mit dem Schwerpunkt der Arbeitsbedingungen. Darin forderte die AG Gesundheit deutlich, dass keinesfalls auf eine bedarfsgerechte Personal-Dotierung und eine angemessene Finanzierung der Pflegeleistungen verzichtet werden darf.

Im Newsletter vom November 2023 wurde der Themenschwerpunkt der SP60+ für 2025 lanciert. [«Gesundheitsleistungen und Pflegeleistungen - ein Service Public»](#).

Dominique Hausser hat dazu ein Grundlagenpapier erstellt, welches an der an der Sitzung der AG vom 29. Oktober diskutiert wurde. An der [DV vom 12.12.](#) wurde der Projektprozess vorgestellt.

Ausblick

An der DV vom 12.12. wurde der Projektprozess vorgestellt. In einem ersten Schritt soll eine Projektgruppe gebildet werden, welche Themenschwerpunkte und Fragestellungen zuhanden der kantonalen SP60+ Gruppen erarbeitet. Die Rückmeldungen bilden die Grundlage für die Weiterarbeit der Projektgruppe.

Ziel dieser Form der Zusammenarbeit ist es, in einem breit abgestützten Meinungsbildungsprozess den kantonal und kommunal sehr unterschiedlich organisierten Versorgungssystemen in der Gesundheitsversorgung Rechnung zu tragen.

für die Arbeitsgruppe «Gesundheit»

Ruth Schmid

Internationale Vernetzung

SP60+ ist Mitglied der European Senior Organisation ([ESO](#)) der [PES](#) (Partei der europäischen SozialdemokratInnen).

[ESO in Rom im März 2024](#) beim PES Election Congress

ESO hat sein «ESO Memorandum for the 2024 EP elections» vorgestellt. Ziel war die Betonung der Rolle von ESO als «Observer organisation» von PES in Hinblick auf eine Aufnahme als «Sectorial organisation of the PES» wie bei «PES Women» und YES «Young European Socialists».

[ESO-PES Vollversammlung und Seminar](#)

General Assembly (GA), Blankenberge BE, 4. bis 5. November 2024

Das Protokoll der letzten GA vom 28.08.2024 wurde genehmigt. Es waren die üblichen Personen dabei, und es gab viele Entschuldigungen und Abwesenheiten:

Jos Bertrand BE, Jan Kavan CZ, Anthony DeGiovanni MT, Frieda Ardies BE, Györgyi Neméthné Jankovics HU, Marianne de Mestral CH, Carlo Lepori CH, Philippe und Martine Martin BE, Marie Jeanne Zander DE, Hilde Hawliceck AT

Der Präsident Jos Bertrand referierte über seine Kontakte mit der [PES](#). Anthony DeGiovanni wurde als Vizepräsident AGE bestätigt.

Nach langer Diskussion über die Anzahl der Mitglieder des Vorstands (Board) und deren finanziellen Unterstützung wird entschieden: Anthony bereitet eine Spesenregelung vor. Die Vorstandswahlen werden vertagt, da Spanien noch eine Kandidatin nachgemeldet hat und sich ein belgischer Kandidat kurzfristig zurückgezogen hat.

Es wird entschieden, einen elektronischen Newsletter zu publizieren. Philippe übernimmt die Verantwortung dafür.

Um die Mitglied-Organisationen untereinander besser bekannt zu machen, wird ein Vorstellungs-Webinar organisiert. Es ist wichtig, dass die Mitglied-Organisationen besser arbeiten, mit den sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament in Kontakt bleiben und in der ESO-Vollversammlung mitmachen.

Vorstellung Arbeitsprogramm 2025:

- Erste Säule: «Old is not out»: volle Anerkennung älterer Menschen als vollwertige Bürger – verbunden mit Solidarität zwischen den Generationen
- Zweite Säule: Zugang zu Grundrechten (z. B. langfristig europäische Pflegeversicherung)
- Dritte Säule: altersfreundliche Umgebung und Gemeinschaft (z. B. Digitalisierung, Barrierefreiheit, 10-Minuten-Städte usw.)

ESO-Seminar

Zu einem mehrjährigen Arbeitsprogramm zum Thema Altern und für eine Seniorenpolitik auf europäischer Ebene:

- Politische Beteiligung von Senioren (eine Agenda für generationenübergreifende Solidarität)

- Zugang von Senioren zu ihren Rechten (EU-Agentur für Grundrechte in Wien– Netzwerk von Beauftragten oder Ombudsmännern für die Rechte von Senioren) – UN-Konvention über die Rechte von Senioren
- Pflege (europäische Pflegevereinbarung und europäische Pflegegarantie) und Gesundheit. Europäischer Lehrplan für Pflegefachkräfte (europäische Beschäftigungspolitik)
- Angemessenes Einkommen/angemessene Renten und Ende der beruflichen Laufbahn/Seniorenwirtschaft
- Digitale Ausgrenzung und Ausgrenzung von Dienstleistungen (öffentliche Dienstleistungen/Banken), Dienstleistungsrichtlinie – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
- Altersgerechtes Lebensumfeld (Vorschriften der Strukturfonds für die Erneuerung städtischer und ländlicher Zentren/angepasste Wohnverhältnisse)
- Nichtdiskriminierung (horizontale Richtlinie) und Aktionsprogramm für Solidarität zwischen den Generationen und gegen Altersdiskriminierung.

Bericht über die ESO General Assembly in Wien in Mai 2025

ESO hat in Wien an der Versammlung der Mitgliedorganisationen die Aktualisierung von seinem Mehrjahresprogramm 2024 bis 2029 diskutiert und die EU-Agentur für Grundrechte besuchen können. Wichtig für ESO sind die Rechte der Senioren und der Kampf gegen Ageismus (Altersdiskriminierung). ESO hat auch an die 80 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges mit einem «Manifesto for Democracy, Human Rights, and the Rejection of Fascism in Europe, Russia and the United States of America» erinnert.

Carlo Lepori, ESO-Delegierter der SP60+